

Donnerstag, 20. Oktober 2022, Rhein-Zeitung Kreis Neuwied, Seite 18

Umgehung Straßenhaus: Kritik an zeitnahem Erörterungstermin



Vor allem der Lkw-Verkehr soll aus Straßenhaus verbannt werden. Über verschiedene Varianten der Umgehung wird schon lange diskutiert. Foto: Archiv Jörg Niebergall

Bürgerinitiative sieht sich gut vorbereitet

Straßenhaus. Die Debatte rund um die Ortsumgehung Straßenhaus geht weiter. Der Landesbetrieb Mobilität (LBM) hat einen Erörterungstermin für den 25. Oktober um 10 Uhr angesetzt, zu dem 81 Parteien eingeladen wurden, teilt die Bürgerinitiative (BI) Straßenhaus – Zukunft für Straßenhaus in einer Pressemitteilung mit. Die Veranstaltung dient dazu, mit der Planfeststellungsbehörde die Einwände gegen die geplante Ortsumgehung zu diskutieren. Hierbei kritisiert die BI vor allem die kurzfristige Anberaumung des Termins.

Bereits 2018 hatten BI-Mitglieder und andere Betroffene ihre Bedenken gegen den Straßenneubau schriftlich geäußert, so die BI. Der LBM nahm sich vier Jahre Zeit, darauf zu reagieren, heißt es weiter. Den Einwendern lasse der LBM keine drei Wochen Zeit, um sich auf die Erörterung vorzubereiten: „Wer in den Herbstferien verreist ist oder sich dem gerade rasant ansteigenden Corona-Infektionsrisiko nicht aussetzen will, kann gar nicht teilnehmen“, wird in dem BI-Schreiben betont.

Die BI teilt mit, dass deshalb mehrere Anträge gestellt worden sind, um den Termin zu verschieben. Dies sei seitens des LBM abgelehnt worden. Offenbar ist bei dieser Bürgerbetei-

ligung die Anwesenheit der Bürgerinnen und Bürger nicht so wichtig“, kritisiert der zweite BI-Vorsitzende Stephan Gärtner. „Der LBM hat den 25. Oktober gewählt, obwohl – oder weil? – ihm bekannt war, dass unser Erster Vorsitzender verreist ist“, moniert er. „Doch der Schuss könnte nach hinten losgehen. Herbert Krobb mag der lautstärkste Vertreter unserer Sache sein, aber er ist nicht der einzige.“

Zudem fügt Gärtner hinzu: „Mit vereinten Kräften kämpfen wir für eine sinnvolle, gerechte und umweltverträgliche Verkehrslösung in Straßenhaus.“ Das wolle die BI gern mit dem LBM tun, aber zur Not auch gegen ihn. Die zur Debatte stehende vom LBM geplante Trasse entspreche den genannten Kriterien jedenfalls nicht.

Zum Hintergrund: Die BI prangert an, dass die geplante Umgehung tatsächlich nicht um ganz Straßenhaus verlaufe, sondern zwischen seinen Ortsteilen hindurch und das sehr nah und in Hör- sowie Sichtweite mehrerer Wohngebiete und einer Kita. „Die Verkehrsbelastung im Ort würde also nicht reduziert, sondern nur verschoben“, heißt es in der Pressemitteilung. Aus diesem Grund plädiert die BI für eine unterirdische Ortsumfahrung als sozial und umweltgerechte Lösung. Ein Tunnel wäre laut BI im Bau zwar teurer, hätte aber unbezahlbare Vorteile: Es würden weniger neue Flächen versiegelt. Wertvoller alter Wald, artenreiche Waldränder und Wiesen im geschützten Naturpark Rhein-Westerwald blieben als Biotope und Naherholungsgebiete erhalten und weniger landwirtschaftliche Vorrangflächen würden zerstört.

„Wenn wir alle an einem Strang ziehen, hat der Tunnel eine Chance“, hofft Stephan Gärtner. Komme es im anstehenden Erörterungstermin nicht zu einer einvernehmlichen Verkehrslösung, bleibe den Einwendern nur noch der zeit- und kostenintensive Gang vor Gericht. Auch darauf, so die BI, sei man vorbereitet. red

© Die inhaltlichen Rechte bleiben dem Verlag vorbehalten. Nutzung der journalistischen Inhalte ist ausschließlich zu eigenen, nichtkommerziellen Zwecken erlaubt.